

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 220 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Samstag/Sonntag, 21./22. Sept. 1968

Einzelpreis 40 Pf

Heck verläßt das Kabinett

Der Familienminister legt Amt am 1. Oktober nieder

BO. N (dpa/upi). Bundes-Familienminister Dr. Bruno Heck wird am 1. Oktober aus seinem Amt ausscheiden und sich dann ausschließlich seinen Aufgaben als Generalsekretär der CDU widmen. Der CDU-Bundesvorstand hat gestern in Bonn diesem Entschluß zugestimmt und Heck für seine Bereitschaft, sein Parteiamt künftig als wichtigste Aufgabe anzusehen. Wie ein CDU-Sprecher gestern Abend mitteilte, hat der Bundesvorstand die Nachfolge Hecks als Familienminister nicht besprochen. Für dieses Amt sind nach den bisher in Bonn vorliegenden Informationen der frühere Innenminister Paul Lücke und der CDU-Abgeordnete Heinrich Windelen im Gespräch.

Auch Minister Wischniewski geht

Zum 1. Oktober legt auch der Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, sein Amt als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nieder. Sein Nachfolger soll der SPD-Bundestagsabgeordnete Erhard Eppeler werden.

Der CDU-Bundesvorstand hat sich — die meiste Zeit unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger — vor allem mit dem Aktionsprogramm der Partei beschäftigt, das den Delegierten des Bundesparteitages Anfang November in Berlin in einer endgültigen Fassung vorgelegt werden soll.

Über die Umwandlung der beiden CDU-Landesverbände „Oder-Neiße“ und „Exil-CDU“ hat der Bundesvorstand beraten und eine Kommission eingesetzt, die bis zum Berliner Parteitag Vorschläge für die Anpassung der Organisationsform dieser beiden Landesverbände an die Bestimmungen des Parteiengesetzes machen soll. Nach dem neuen Parteiengesetz können diese Institutionen als Landesverbände nicht mehr geführt werden.

Bonn für Zollabbau EWG-EFTA

Bundeskabinett unterbreitet Partnern ein Memorandum — CSU-Landesgruppe fordert von Paris aktive Politik — „Mit der Verantwortung Ernst machen“

BO. N (dpa/upi/RNT). Eine Aktivierung der Europapolitik war gestern in der Bundesrepublik das beherrschende Thema. Die Bundesrepublik hat eine Woche vor dem Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle neue Vorschläge für eine engere Bindung Großbritanniens an die Europäische

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterbreitet. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag appellierte auf ihrer Klausurtagung in Bad Berneck gestern an die französische Regierung, sich an einer aktiven Europa-Politik zu beteiligen. Den Hintergrund der Initiativen bildet die Situation nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei.

Kernstück der neuen deutschen Vorschläge an die EWG-Partner ist der ursprüngliche Plan, bis 1972 schrittweise die Zölle zwischen EWG und EFTA so abzubauen, daß der Beitritt von Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland erleichtert wird. Außerdem solle mit Großbritannien eine technologische Zusammenarbeit und eine Verbesserung der politischen Kontakte vereinbart werden.

Die neuen deutschen Vorschläge gehen, wie verlautet, davon aus, daß Frankreich die Bindung einer Übergangslösung an einen automatischen Beitritt Englands nach wie vor ablehnt. Die Chancen für eine Überwindung des Dilemmas für eine Europa-Politik werden als nicht sehr groß eingeschätzt. In eingehenden Konsultationen mit den Partnern gewann die Bundesregierung jedoch die Überzeugung, daß eine neue Initiative nicht von vornherein hoffnungslos ist. Die holländische Regierung hat die Bundesregierung wissen lassen, sie wolle die deutsche Initiative nicht blockieren. Die anderen EWG-Partner haben bisher noch nicht auf das Memorandum geantwortet. Darin geht es nicht nur um die Beitrittsfrage, sondern auch um den inneren Ausbau der Gemeinschaft.

CSU für klares Wort.

Auch auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Bad Berneck wurden angesichts der Ereignisse in Prag Fortschritte in der europäischen Entwicklung gefordert. In einer Resolution zur Außen- und Si-

cherheitspolitik betonte die Landesgruppe, Deutsche und Franzosen müßten endlich mit der gemeinsamen Verantwortung für Europa Ernst machen. Der Bundeskanzler wurde gebeten, bei seinem bevorstehenden Besuch mit dem französischen Staatspräsidenten die deutsche Auffassung klar darzulegen. Die CSU-Landesgruppe befürwortete trotz des schweren Rückschlags durch die sowjetische Intervention in der CSSR weiterhin eine Politik der Zusammenführung der getrennten Teile Europas. Die Bundestagsabgeordneten äußerten erneut Bedenken gegen den Atomwaffen-Sperrvertrag und sprachen sich für die Schaffung einer westeuropäischen Rüstungsgemeinschaft und den Aufbau einer europäischen Verteidigungsorganisation zur Verstärkung der atlantischen Allianz aus.

Für bessere Wirtschaftsstruktur

Die Landesgruppe hat sich auch für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den entwicklungsbedürftigen Gebieten der Bundesrepublik ausgesprochen. Sie beschloß, einen Gesetzentwurf, der die Gewährung einer Investitionszulage in Höhe von zehn Prozent bei Errichtung oder Erweiterung von Gewerbebetrieben in den Bundesausbaubereichen und in besonderen Agrar-Problembereichen vorsieht. Für das Zonenrandgebiet soll diese Investitionszulage 15 Prozent betragen. Sie soll nach dem Willen der CSU für alle nach dem 15. September 1968 anfallenden Investitionskosten gewährt werden.



AUFMERKSAM verfolgten gestern — von links — Verteidigungsminister Schröder, Bundespräsident Lübke und Bundestagspräsident Gerstenmaier ein Scharfschießen auf dem Truppenübungsplatz Münsingen. Über eine Stunde lang dröhnten Abschüsse und Einschläge der Artillerie über das Manövergelände. Mit diesem realistischen Einschlag wurde das Manöver „Schwarzer Löwe“ beendet.

Rockefeller fordert: UN sollen sich mit Moskau Bonn-Polenik befassen

SAN FRANCISCO/BONN (dpa). Der amerikanische Gouverneur Nelson Rockefeller hat sich in San Francisco besorgt über die Moskauer Forderungen nach einem „Interventionsrecht“ in der Bundesrepublik, das nach Ansicht der Sowjets auf der UN-Charta begründet sein soll, geäußert.

Rockefeller sagte, da Moskau nun schon zum zweitenmal auf den „Feindstaaten-Klauseln“ beharrt habe, müßten sich die Vereinten Nationen (UN) mit den gegen die Bundesrepublik ausgesprochenen Drohungen befassen. Gleichzeitig wurde aus Bonn bekannt, daß die USA und Großbritannien der Bundesrepublik jetzt auch schriftlich ihre Zusicherung gegen die sowjetischen Forderungen gegeben haben. Beide Staaten hatten bereits vor kurzem — zusammen mit Frankreich — die Gültigkeit der „Feindstaaten-Klauseln“ mündlich bestritten. Unterdessen wird die Bundesrepublik weiter von sowjetischen Zeitungen heftig angegriffen.

Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundes-Verteidigungsminister Schröder, baden-württembergische und bayerische Landesminister, Parlamentarier aus Bund und Ländern sowie zahlreiche Militärattachés bei.

Schröder und der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Josef Moll, dankten den Soldaten für ihren Einsatz bei dem rund fünftägigen Manöver.

An den Truppenübungen hatten seit Sonntagabend insgesamt drei Bundeswehrdivisionen, sowie französische und amerikanische Truppeneinheiten mit einer Gesamtstärke von 42 000 Soldaten mit 1400 Rad- und 1600 Kettenfahrzeugen sowie 150 F-105 teilgenommen.

Konventionelle Feuerkraft verstärkt

Schröder erklärte auf einer abschließenden Pressekonferenz in Münsingen, die Bundeswehr sei nach zwölfjähriger Aufbauzeit ein wirksames Instrument zur Verteidigung und zur Erhaltung des Friedens geworden. Das Manöver „Schwarzer Löwe“ habe in verschiedenen Übungen deutlich gemacht, daß die konventionelle Feuerkraft der Bundeswehr ständig zugenommen habe. Schröder bezeichnete es ferner als in erster Linie notwendig, die Personalstruktur der Bundeswehr im Unterführerkorps zu verbessern.

Ein Abschnitt unsicher

In der Manöverlage war davon ausgegangen worden, daß die „blauen“ Verteidiger eine 340 Kilometer lange Abwehrfront im Süden der Bundesrepublik zu halten hatten. Diesen Auftrag haben sie im Rahmen der vorgestreckten Manöverplanung nur im mittleren und östlichen Abschnitt voll erfüllen können, während im südwestlichen Abschnitt bei Manöverschluß die „roten“ Angreifer eine gewisse Überlegenheit bei den Manövern hatten.

DER NEUE FELDRAKETENWERFER

Der Bundeswehr wurde zum Manöverschluß auf dem Übungsplatz Münsingen ebenfalls zum Scharfschießen eingesetzt. Nach dem Rüstungsplan der Bundeswehr soll das Heer in verstärktem Maße mit diesen Werfern ausgerüstet werden.

CSSR öffnet Grenze für West-Touristen

Rätselraten um Dubceks Moskau-Reise — Sowjets wollen Warschauer Pakt stärken

SCHIRNDING / PRAG (dpa/upi/RNT). Die Tschechoslowakei öffnet gestern wieder ihre Grenzen zur Bundesrepublik für Touristen aus Deutschland und anderen westlichen Ländern. Wie die Bayerische Grenzpolizei in Schirnding mitteilte, ist der Reiseverkehr über die Straßenübergänge Furth im Wald, Waidhaus und Schirnding ab sofort wieder im vollen Umfang möglich.

Tschechoslowakische Grenzbeamte informierten ihre bayerischen Kollegen, daß Touristen mit gültigen Einreisestempeln ab sofort wieder in die CSSR reisen können. Die bayerische Grenzpolizei betonte in diesem Zusammenhang, daß Touristen aus der Bundesrepublik, die die CSSR besuchen wollen, ihr Visum bei der tschechoslowakischen Militärmission in Westberlin beantragen müssen.

Unterdessen herrscht in Prag über die Motive der Verzögerung des Besuchs des tschechoslowakischen Parteichefs Dubcek in Moskau weiterhin Unklarheit. In Prag verdichteten sich am Freitag die Gerüchte, daß die Sowjets gegenüber Dubcek eine ablehnende Haltung einnehmen.

Andererseits war in Prag davon die Rede, daß die tschechoslowakische Führung in der kommenden Woche von Moskau wissen will, ob die Sowjetunion bereit ist, in absehbarer Zeit ihre Besatzungstruppen aus der CSSR zurückzuziehen. Die Moskau-Reise von Dubcek, Husak, Svoboda und Cernik soll nun diesen

Meldungen zufolge Anfang nächster Woche stattfinden. Svoboda, Dubcek und andere führende Männer von Partei und Regierung der CSSR besuchten gestern die Messe in Brno. Sie wurden begeistert empfangen.

Der Intervention in der CSSR soll

nun offensichtlich eine forcierte Rüstung der Staaten des Warschauer Paktes folgen. Die Moskauer Parteizeitung „Pravda“, Sprachrohr des Kreml, erklärte gestern die Entwicklung der NATO und die „aggressiven“ Pläne Westdeutschlands gegen die sozialistischen Staaten stellten die Länder des Warschauer Paktes vor die wichtige Aufgabe, die Verteidigungskapazität jedes einzelnen sozialistischen Staates und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu erhöhen und die Organisation des Warschauer Vertrages weiter zu stärken.

Absturz auf ein Flieger-Casino

LONDON (dpa). Mindestens zwölf Menschenleben forderte gestern ein Flugzeugabsturz auf dem Gelände der britischen Luftfahrtschau in Farnborough in Südsüdland vor 16 000 Zuschauern.

Ein französisches Marine-Flugzeug vom Typ „Breguet Atlantique 1150“ sackte während eines Flugmanövers mit nur einem der beiden Rotoren bei einem Demonstrationsflug aus 60 Meter Höhe plötzlich ab. Die Maschine durchbrach das Dach eines Piloten-Kasinos und ging sofort in Flammen auf. In der Nähe der Unfallstelle befindet sich ein Supermarkt. Unter den Toten wurden bisher fünf Besatzungsangehörige der Unglücksmaschine identifiziert.

Die „Breguet Atlantique“, ein Langstrecken-Marinepatrouillen-Flugzeug, wird auch von der Bundesmarine benutzt.

